

Antrag Nr. 26

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 179. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 25. Mai 2023



Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien

Mietendeckel jetzt!

Da die Bundesregierung untätig geblieben ist, wurden die Richtwertmieten im Mai um fast 9 Prozent erhöht. Das bedeutet für rund 800.000 Mieter:innen in Österreich eine erneute Belastung von über 160 Millionen Euro. Schon im Vorjahr 2022 haben alle indexbasierten Mieterhöhungen (bei Richtwert-, Kategorie- und freien Mieten) insgesamt Belastungen in der Höhe von rund 400 Millionen Euro ausgelöst. Die nächsten Erhöhungen bei den Kategorie- und freien Mieten stehen bereits vor der Tür. Jüngste Prognosen des Internationalen Währungsfonds sehen für 2023 die Steigerung der Verbraucherpreise in Österreich wieder bei über 8 Prozent.

Die Lage ist aber bereits jetzt äußerst angespannt. Fast vier von zehn Miethaushalten gaben Ende 2022 an, dass die demnächst Zahlungsschwierigkeiten bei ihren Wohnkosten erwarten. Die quartalsweise durchgeführte Krisenfolgenbeobachtung der Statistik Austria hat diesen erschreckenden Wert zu Tage gebracht. Auf der anderen Seite steht die Immobilienbranche mit hohen Sondergewinnen da – die Mieteinnahmen haben sich bereits zwischen 2008 und 2021 mehr als verdoppelt und wachsen fast dreimal so schnell wie die Wirtschaft insgesamt. Die Mietzinseinnahmen im privaten Segment sind in dieser Zeitspanne von 2 Milliarden € im Jahr auf sagenhafte 4,1 Milliarden € jährlich gestiegen. Auch die Mietzinsreserve und Eigenkapitalrentabilität der Vermieter:innen ist sehr gut. Das bedeutet, dass aufgrund der gut gefüllten Mietzinsreserve thermische Sanierungen keinesfalls gefährdet sind.

Ein Mietendeckel ist jetzt dringend erforderlich. Erstens muss den Mieter:innen geholfen werden, damit sie ihre Rechnungen weiter bezahlen können. Räumungsklagen und Delogierungen haben bereits deutlich zugenommen und heuer ist eine massive Verschlimmerung zu befürchten. Zweitens befördern diese „automatisierten“ Mieterhöhungen eine Umverteilung von unten nach oben. Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen sind ohnehin am stärksten von der aktuellen Teuerungswelle betroffen. Sollen sie jetzt oben drauf noch einen Inflationszehent an ihre gutsituierten Vermieter:innen abliefern? Drittens sind inflationsdämpfende Maßnahmen dringend erforderlich. Der erste Schritt auf dem Weg zurück zu einer Inflationsrate von rund zwei Prozent muss ein Deckel auf die anstehenden Mieterhöhungen sein.

Ein Mietpreisdeckel wirkt, das zeigen auch andere Länder in Europa: So haben etwa Spanien und Portugal einen Mietendeckel bei zwei Prozent eingezogen, Frankreich bei 3,5 Prozent und Dänemark bei vier Prozent. In der Schweiz darf nur um 40 Prozent der vorjährigen Inflation erhöht werden. Das wären bezogen auf die nun in Österreich anstehende Richtwerterhöhung 3,4 Prozent. In Schottland gilt seit September mit einer Null-Prozent-Grenze für Mieterhöhungen praktisch ein Mietenstopp.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung daher auf

unverzüglich eine Deckelung für alle indexbasierten Mieterhöhungen zu beschließen.

Mieten die an den Verbraucherpreisindex gebunden sind – das sind die Richtwert-, Kategorie- und freien Mieten – dürfen nur einmal im Jahr erhöht werden. Diese Erhöhung darf maximal zwei Prozent betragen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich



Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien